9

---P R O T O K O L L----

aufgenommen zu V a d u z am 14. September 1930.

Bezugnehmend auf die zwischen den Herren

1. ANTON WALSER-KIRCHTHALER als Obmann der Volkspartei, Landtagsvicepräsident Dr. WILHELM BECK als Abgeordneter, Reallehrer GUSTAV SCHADLER (im folgendemkurz "Partei" genannt) und

2. Vorstand der fürstl. Kabinettskanzlei Kabinettsrat JOSEF MARXER und Hofrat Dr. JOSEF PEER

gepflogenen Besprechungen, deren meritorisches Ergebnis sich mit den von Sr. Durchlaucht dem Landesfürsten am 11. d. M. m.c. gefassten Entschliessungen deckt, werden noch folgende Erklärungen niedergelegt, bezw. Wünsche ausgesprochen:

I. Die Partei wünscht, dass in den, dem Landtage vorzulegenden Regierungsvorlagen der Regierungssekretär als " Landschreiber", die künftige Regierung als parlamentarische, bzw. als Ressortregierung, die Abgeordneten als "volksgewählte Abgeordnete" bezeichnet werden.

Dr. Peer wird diesem Wunsche bei Ausarbeitung der Regierungsvorlagen Rechnung tragen.

II. Die Partei betont, dass die Beiziehung des Schweizer Fachmannes insbesondere auch deshalb verlangt worden sei, um dadurch eine Garantie für die demokratische Ausgestaltung der Verfassung und Verwaltung zu schaffen.

Dr. Peer erklärt, die Mitarbeit des Schweizer Fachmanns bei Ausarbeitung der Regierungsvorlagen in loyaler und weitgehender Auslegung der Heranziehungsbestimmung in Anspruch nehmen zu wollen.

III. Die Partei fasst die Forderung der mehrheitlichen Besetzung des Staatsgerichtshofes mit Rechtsanwälten dahin auf, dass auch die Unterabteilungen des Senats dieses Gerichtshofes mehrheitlich aus Rechtsan-

steinern zu bestehn, ferner dass die Erkenntnisse dieses Gerichtshofes über präjudicielle Verfassungsfragen kassatorisch zu sein haben.

Dr. Peer tritt diesen Auffassungen bei.

IV. Die Partei fordert im Interesse des Staatsansehens, dass der Präsident des Staatsgerichtshofes ein gebürtiger Liechtensteiner sei.

Dr. Peer erhebt dagegen keine principielle Einwendung.

V. Die Partei wünscht aus historischen Gründen, dass die Zahl der Abgeordneten fünfzehn bleibe, verteilt auf die beiden Landschaften.

Dr. Peer überlässt die Entscheidung über diese Frage gänzlich dem Landtage.

VI. Mit dem Verlangen der Partei, dass seine Berufung auf die Dauer eines halben Jahres eingeschränkt werde, erklärt sich Dr. Peer einverstanden.

VII. Die Partei wünscht sehr dringend, dass die Reformvorlagen, betreffend die Verfassung, die Landtagswahlordnung, so rechtzeitig an den Landtag gelangen, dass die Neuwahlen zum Landtage spätestens im Februar 1921 vor sich gehen können.

Dr. Peer verspricht seinerseits eine diesem Wunsche nach Kräften Rechnung tragende beschleunigte Behandlung, lehnt aber gleichzeitig die Verantwortung für Hindernisse ab, die sich der Erfüllung dieses Wunsches ohne sein Zutun entgegenstellen.

Beiderseits gefertiget und zwar

a. von Seite der Partei mit dem Bemerken, dass die Herren Vicepräsident Dr. Beck & Abgeordneter Schädler sich mit den getroffenen, die Berufung Dr. Peers in sich schliessenden Abmachungen bedingungslos einverstanden erklären, während Herr Obmann Walser sich die Genehmigung durch die Delegierten der Partei vorbehält, dieser gegenüber aber die Annahme der von ihm für seiner Person gebilligten Abmachungen vertreten wird;

b. von Seite des Kabinettsrates Martin & des Hofrats Dr. Peer mit der Erklärung, dass sie die getroffenen Abmachungen & Zugestandnisse

nur für den Fall des Zustandekommens einer Einigung im Sinne der Abmachungen für verbindlich erklären können.

Walter Ammann

Wilhelm Beck

Gustav Schädler

Felix Hoch

Frink Alois.

Andreas Vogt

Vorstehend Text

KABINETTSKANZLEI
DES REGIERENDEN FÜRSTEN VON
LIECHTENSTEIN

Josef Martin
fürstl. Kabinettschef.

e-archiv.li